



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

F/XIV/286 -- 16. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	Konferenz der inneren Widersprüche Von G. Markscheffel, zur Zeit Paris	112
3	Nach Eisenhowers "kleiner Weltreise" Die Bedeutung blockfreier Staaten	44
4	Albanien - Spielball der Mächte Wechselvolle Geschichte eines kleinen Landes	38
5 - 6	"Vordermann und Seitenrichtung!!" Blanke Forderungen an die ONU-Länderminister Von Wolfgang Jansen	59
7	Sind Zonenrandgebiete vergessen? Entscheidende Maßnahmen blieben aus	31

* * *
* *

Konferenz der inneren Widersprüche

Von G. Markscheffel, zur Zeit Paris

Wer ernsthaft versucht, den Verlauf und das bisherige Ergebnis der diesjährigen Pariser NATO-Konferenz zu analysieren, wird schnell zu der Feststellung gelangen, daß zwar alle Teilnehmer Einigkeit demonstrieren, daß jedoch kaum eines der angesprochenen Probleme von den NATO-Mitgliedern aus der gleichen Perspektive und mit dem gleichen Willen zur Lösung eben dieser Probleme gesehen und diskutiert wird.

So bietet sich das seltsame Schauspiel einer wohlorganisierten Höflichkeits-Show, deren Hintergrund alles andere als die früher bei ähnlichen Gelegenheiten so betonte Demonstration der Stärke ist.

Planungen nicht erfüllt

Unbestritten ist, daß die NATO-Partner ihre militärischen Planungen nicht erfüllt haben, daß die Integration der Streitkräfte nicht durchgeführt wurde, und daß einer der wichtigsten Pfeiler der westeuropäischen Verteidigung, Frankreich, praktisch ausfällt. Rund 500 000 französische Soldaten stehen in Algerien, die französische Mittelmeerflotte wurde von de Gaulle dem NATO-Oberkommando entzogen, und die strategischen Atombomber dürfen nicht auf französischem Territorium stationiert sein. Noch am Dienstag hat Präsident de Gaulle die militärische Integration mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Was der General wirklich will, weiß hier niemand. Strebt er eine Anerkennung der französischen militärischen Leistung in Algerien als "NATO-Beitrag" an? Will er durch sein Verhalten die Amerikaner zwingen, Frankreich eine Führungsrolle in Europa zuzubilligen? Oder spielt er einfach mit dem Gedanken, daß der im März stattfindende Chruschtschow-Besuch in Frankreich eine neue Situation schaffen wird? Selbst die französischen Delegationsmitglieder tappen im Dunkeln; sie hoffen, daß die für das Wochenende vorgesehene Aussprache zwischen Eisenhower und de Gaulle Klärung bringt.

Amerikanische Finanzwünsche

Auf der anderen Seite wird das Drängen der Amerikaner in Richtung auf Erhöhung finanzieller Leistungen der übrigen NATO-Mitglieder im-

mer deutlicher! Außenminister Horter ist in dieser Beziehung formell, wobei er die gesteigerten Leistungen nicht nur auf das militärische Gebiet bezogen wissen will, sondern auch auf die koordinierte und effektive Hilfe der NATO-Mitglieder für entwicklungsfähige Länder.

Es scheint so zu sein, daß man in Washington jetzt den beginnenden Konkurrenzkampf zwischen der östlichen und westlichen Welt, Asien und Afrika, größte Bedeutung beimißt, aber nicht gewillt ist, die Lasten hierfür allein zu tragen. Bezeichnend ist, daß alle amerikanischen Erklärungen während dieser Pariser Tagung in der Feststellung gipfeln, die NATO müsse sich "der neuen Situation anpassen", womit die mit dem Treffen Eisenhower-Chruschtschow eingetretene Entspannung der Welt-situation gemeint ist.

Bonner Ideenlosigkeit

Genau an diesem Punkt zeigt sich die Ideenlosigkeit der bundesrepublikanischen Politik. Während Amerikaner, Engländer, Kanadier und Norweger das Entspannungsmoment in ihre Überlegungen über die nächsten Schritte der NATO einkalkulieren, tut die deutsche Delegation so, als habe sich überhaupt nichts geändert. Ihr Verhalten hat der deutschen Delegation bereits den ironisierenden Beinamen "Militärischer Muster-schüler der NATO" eingebracht. Ein deutsches Delegationsmitglied antwortete auf die Frage eines Journalisten, wie er die jüngste Sowjet-note zur forcierten Aufrüstung Westdeutschlands beurteile, mit einer saloppen Handbewegung: "Eigentlich war ich schon etwas beunruhigt, daß Moskau zu dieser Konferenz noch keinen Beitrag geleistet hat; jetzt ist mir wohler".

Die durch derartige Bemerkungen zum Ausdruck kommende Einstellung ist mehr als peinlich. Sie verrät, daß man in der bundesrepublikanischen Delegation nicht viel von den amerikanischen, kanadischen und skandinavischen Hinweisen auf Entspannungsmöglichkeiten hält.

Überbewertung des Militärischen

Völlig logisch und konsequent ist bei einer solchen Einstellung auch der von deutscher Seite in die Konferenz gebrachte Trend zur Überbewertung des Militärischen vor dem Politischen. Eine von gutunterrichteter Seite herausgegebene Information besagt, Bundesverteidigungsminister Strauß habe angeregt, das französische Verteidigungsvakuum dadurch auszufüllen, daß man durch Stärkung des nördlichen NATO-Sektors mit

Hilfe der Deutschen das "schwache Zentrum aufwertet".

Wie immer aber auch die militärischen Überlegungen eines Strauß in der Praxis zu bewerten sein mögen -, sie bremsen die Diskussion über notwendige politische Lösungen im europäischen Raum. Wer der Meinung ist, seit 1953 habe sich in der Welt nichts geändert, steuert unbewußt oder bewußt auf die Zementierung der Spaltung Deutschlands und Europas zu.

Man muß man jedoch bei all dem berücksichtigen, daß die "westliche Gipfelkonferenz" am Wochenende durchaus eine neue Situation schaffen kann. Eisenhower kommt von seiner "kleinen Weltreise" mit neuen Eindrücken nach Paris. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er, der siegreiche General des zweiten Weltkrieges, sein Gewicht in die Waagschale zu Gunsten politischer Lösungen werfen wird. Man rechnet in Paris damit.

So wird zum Beispiel bei den Amerikanern darauf hingewiesen, daß sich die NATO "neue Aufgaben stellen" müsse, daß die alten, die militärischen, nicht nur überholt seien, sondern in sich selbst einen Anachronismus darstellen. Das bedeutet natürlich nicht etwa ein Nachlassen der westlichen Wachsamkeit gegenüber Moskau, aber das Ansteuern einer anderen als der rein militärischen Form, der Ost-West-Auseinandersetzung.

Und das Schicksal Deutschlands?

Das Schicksal Deutschlands, das Schicksal Berlins? Es spielt hier auf der Pariser Konferenz nur insofern eine Rolle, als man von Bonn Vorschläge erwartet, die den ohne Zweifel vorhandenen politischen Überlegungen der Amerikaner zur Lösung dieses Problems neue Impulse geben könnten. Aber hier muß Fehlansätze gemeldet werden. Die blasse Rede Brentanos gab keinen Aufschluß darüber, welche Vorstellungen Bonn in dieser Frage hat. Die allgemeinen Erklärungen über den Willen zur Abrüstung ohne jede Andeutung, welchen unmittelbaren Abrüstungsbeitrag die Bundesrepublik zu leisten gedenkt, sind keine Politik, die uns der Lösung der für Deutschland wichtigsten Frage - der Wiedervereinigung - näherbringen könnte.

So dürfte die Pariser Tagung am besten durch das Stichwort "Konferenz der inneren Widersprüche" gekennzeichnet sein. Das ist nicht erstaunlich, denn ein militärisches Zweckbündnis, das einst organisiert wurde, um einen unmaßlichen Angreifer abzuwehren oder zurückzuschlagen, ist schwerlich ohne Risse über innere Schwierigkeiten hinwegzubringen, wenn der Angriff nicht nur nicht erfolgt, sondern wenn die beiden führenden Männer der Militärblöcke - Eisenhower und Caru-schschow - sich gegenseitig besuchen und offenbar bemüht sind, eine neue Politik zu entwickeln. Das alles muß Rückwirkungen auf das militärische Zweckbündnis NATO haben. Dasjenige NATO-Mitglied, das diese Entwicklung nicht sieht, gerät in Gefahr, überspielt zu werden.

+ + +

Nach Eisenhovers "kleiner Weltraise"

ED. Der Erfolg der Reise des amerikanischen Präsidenten in die wichtigsten Länder des Mittleren Ostens und Südostasiens wird sich erst in einigen Monaten, möglicherweise erst in einem Jahr abschätzen lassen, die Bedeutung aber ist schon jetzt vorhanden.

Ein Jahrzehnt lang verband sich bei Millionen von Asiaten das Bild der Vereinigten Staaten mit dem eines Beschützers vorwiegend kolonialer Interessen, und dies nicht nur bei jenen, die dem massiven Druck kommunistischer Propaganda ausgesetzt sind, sondern auch bei den Angehörigen nichtkommunistischer Nationen. Nur sehr selten kam die Überlegung durch, dass die USA mit ihrer militärischen Präsenz im Fernen Osten mehr als nur die Existenz örtlicher "starker Männer" garantierten.

Erst der Tod des amerikanischen Außenministers Foster Dulles und der dadurch initiierte new look Washingtoner Außenpolitik gegenüber Asien, sowie die beständigen Aktionen des kommunistischen Chinas an den Grenzen seiner unmittelbaren Nachbarn haben im Verhältnis der sogenannten neutralen Länder östlich von Suez zu den USA einen spürbaren Wandel geschaffen.

Aus diesem Grunde ist die Reise Eisenhovers bedeutsam. Sie bewies, dass die Amerikaner des Jahres 1959 nicht mehr allein und nur in den Vorstellungen militärischer Paktsysteme denken, sondern bereit sind, das Bestehen "nicht-gebundener" Staaten in der afroasiatischen Welt als ein positives Zeichen weiterer Entwicklung anzusehen. Als sehr gewichtig wird der Umstand gewertet, dass Eisenhower sich einigen Fressionen von seiten seiner "treuesten" Verbündeten, wie zum Beispiel der Türkei, entschieden widersetzt hat. Nicht die Errichtung militärischer Defensivzonen im Mittleren Osten dürfte von nun an ein Zug amerikanischer Politik sein, sondern die Förderung politischer Stabilisierungen im Rahmen freier und nicht-gebundener Völker. Der begeisterte Empfang, der Eisenhower in der indischen Hauptstadt zuteil wurde, zeigt die neugewonnene Einschätzung, der die USA nun unterliegen. Ohne Zweifel hat die aktuelle Bedrohung durch das kommunistische China in den Herzen der indischen Massen ein psychologisch verständliches Arrangement mit Amerika vorbereitet; aber es wäre falsch, dies als den alleinigen Faktor zu sehen.

Die amerikanische Nation rückt allmählich von den hinteren Rängen, auf die sie durch psychologische Kettenreaktionen bei vielen Asiaten im Verlauf der letzten Jahre verwiesen worden war, wieder auf die ihr zukommenden ersten Plätze. Sowohl westlich wie östlich des Pazifischen Ozeans sind innere Blockierungen ins Rutschen geraten, die einen neuen Weg in den Beziehungen zweier Erdteile anbahnen lassen. Eisenhovers Reise ist ein Beweis wie eine Hoffnung für die Zukunft.

Albanien - Spielball der Mächte

W.R. Ende November feierte das albanische Volk seinen 15-jährigen "Befreiungstag". Die Geschichte dieses Volkes war sehr wechselvoll. Mit kurzen Unterbrechungen geriet das Land immer wieder unter fremde Botmässigkeit. Die Türken beherrschten das Land einige Jahrhunderte und Ende des vorigen Jahrhunderts wurde es zum Streitobjekt von Österreich-Ungarn und Italien. Auch Griechenland und Serbien erhoben zeitweise Anspruch auf albanisches Gebiet.

1912 erfolgte eine Unabhängigkeitserklärung, aber bald errichteten die Westmächte über Albanien eine Protektoratsverwaltung. 1918 wurde eine sogenannte Regierung von Italien eingesetzt. 1920 konnte Albanien wiederum eine gewisse Eigenständigkeit erlangen und es wurde Mitglied im Völkerbund. 1924 wurde die demokratische Regierung durch Achmed Zogu, der sich später zum König krönen liess, gestürzt. In der Folge wurden enge Abhängigkeiten zu Italien hergestellt, da die strategische Lage Albanien schon zur Römerzeit als neuralgischer Punkt erkannt worden war. 1939 annektierte das faschistische Italien Albanien. Während des zweiten Weltkrieges standen auch deutsche Truppen zur Stützung der Italiener in Albanien. Aber bereits im November 1944 gelang es der albanischen Partisanenarmee, die deutschen Truppen von den Grenzen zurückzudrängen.

Dieser Tag, es ist der 29. November, wird als Tag der "Befreiung" gefeiert. Enver Hodscha bildete zu dieser Zeit eine provisorische Regierung. Noch heute entscheidet Hodscha über das Schicksal des albanischen Volkes. Sowjetische Truppen haben in dem Lande nicht gestanden. Die kommunistischen Parteigruppierungen schlossen sich 1941 zur "Kommunistischen Partei Albanien" zusammen und dieser Partei gelang es in den folgenden Jahren, die Politik des Landes entscheidend zu beeinflussen. 1945 wurde eine Bodenreform durchgeführt, 1946 erfolgte die Nationalisierung der Industrie und der Banken. Im November 1946 erklärte sich Albanien zur volkdemokratischen Republik und eine neue Verfassung wurde im folgenden Jahr angenommen.

Das Land ist etwa 29 000 Quadratkilometer gross und umfasst heute etwa 1,5 Millionen Einwohner. Die Industrie war, abgesehen von einigen Kleinbetrieben, völlig unbedeutend. Die Kommunisten bemühen sich im Rahmen von fünf Jahresplänen die Industrialisierung des Landes vorwärts zu treiben. Heute umfasst die Industrie etwa die Hälfte der Gesamtproduktion des Landes. (Vor dem Krieg waren es nur 10 Prozent). Nach wie vor hat dieses Land seine strategische Bedeutung behalten und Chruschtschow weiss das wohl zu schätzen.

"Verdermann und Seitenrichtung!!"

Von Wolfgang Jansen

Schon als Bundesarbeitsminister Theodor Blank nach der Verabschiedung der Krankenversicherungsreform durch das Kabinett vor der Presse seine uneingeschränkte Glückseligkeit äusserte, bekundeten seine Zuhörer bange Zweifel am Fortbestand dieses erfreulichen Gemütszustandes. Der Minister, der sich damals in seiner Freude nicht stören lassen wollte, muss zur Zeit Essig aus dem einstigen Freudenbecher trinken. Nicht nur, dass die Opposition ihre herbe Kritik an seinen Reformplänen mit wohlgedachten Argumenten fortsetzt - damit musste er schliesslich rechnen -, auch die Ärzte, auf deren Beistand Blank gehofft haben mag, machen gegen seine Absicht Front und selbst im Bundesrat greift die Bedenklichkeit um sich.

Blank, nun längst nicht mehr glücklich, hat inzwischen beschwörende Briefe an Ministerpräsidenten geschrieben: Sie möchten doch ja seinem Gesetzentwurf zustimmen. Nun wäre es nichts Besonderes, wenn ein Bundesminister Briefe an Ministerpräsidenten der Länder verschickt, um ihnen womöglich sogar mit stichhaltigen Argumenten darzutun, dass seine Absichten die besten und dem Wohle der Allgemeinheit durchaus förderlich seien. Dagegen hätte niemand etwas.

Wohl aber ist es höchst bedenklich, wenn nicht der Minister Blank, sondern CDU-Mann Blank an seine Parteifreunde schreibt und - unter Ausparung jeglicher "andersgläubiger", nämlich sozialdemokratischer Länderchefs - Gefolgschaft im Bundesrat aus parteipolitischen und nicht aus sachlichen Gründen fordert. Hier hört der Spass auf.

Denn die Landesväter, auch die christlich-demokratischen, haben in erster Linie nicht an den Eigensinn und das möglicherweise zu ramponierende Prestige ihres Minister-Parteifreundes zu denken, sondern an das Wohl und Wehe ihrer Landeskinder; nicht Parteifrömmigkeit,

sondern sachliche Überlegung sind ihnen aufgegeben. Blanks postalische Betätigung war eine Notbremse, denn der federführende sozialpolitische und der mitberatende Innenausschuss des Bundesrates haben sich gegen seinen Entwurf ausgesprochen.

Zwei weitere Ausschüsse, der Finanz- und Wirtschaftsausschuss haben zwar zugestimmt, aber viele Bedenken und teilweise einander widersprechende Änderungswünsche angemeldet.

Nach der bisherigen Haltung der Ministerpräsidenten und der Länderkabinette darf man davon ausgehen, dass der Bundesrat Vernunft über blinde Parteitreue stellen wird. Dann aber sind Blanks Briefe an die CDU-Ministerpräsidenten schlicht eine Zumutung.

Sie bedeuten nichts anderes als ein "Stillgestanden - Richt Euch" nach der Nase der Bonner Parteiflügelränner. Und das Kommando ist nicht einmal so neu. Minister Blank folgt nur dem Beispiel seines ersten Parteivorsitzenden.

Der kanzelte doch in Düren die Ministerpräsidenten wegen ihrer Haltung in der Rundfunkfrage ab und putzte sie anschliessend vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch einmal gehörig herunter. Den Ministern selbst geht es nicht besser - sofern sie nicht strammstehen. Eine ungeschickte Rede im Parlament ist der Übel grösstes noch nicht, aber eine eigene Meinung würde schon zum Herauswurf reichen - "wenn der Kerl nur nicht Berliner wäre ..."

Das alles liegt auf einer Linie - auf einer verhängnisvollen Linie. Es lässt den Gedanken daran aufkommen, dass im Parteinamen nicht nur das viel berufene "C", sondern auch ein "D" steht, das man nicht übersehen sollte. Es ist Sache der CDU, ihre innere Einheit zu wahren, so schwer das bei den auseinanderstrebenden Interessen auch sein mag. Es wird aber unser aller Sache, wenn das auf Kosten der Menschen, wenn es zu Lasten der Bevölkerung geschehen soll, wie das offenbar beim Blankschen Exempel beabsichtigt ist.

Parteiraison hat ihre Grenze dort, wo das Wohl der Bevölkerung beginnt!

+ + +

Sind Zonenrandgebiete vergessen ?

sp - In seiner jüngst vorgetragenen Haushaltsrede hat der Bundesfinanzminister einen Satz gesagt, der, obschon er ein im wahrsten Sinne des Wortes peripheres Problem der Bundespolitik betraf, doch der besonderen Beachtung bedarf. Er lautet: "Bei aller Notwendigkeit, den Entwicklungsländern zu helfen, soll im übrigen die finanzielle Förderung zur strukturellen Verbesserung zurückgebliebener Landesteile in unserem eigenen Lande keineswegs vergessen werden."

Nun haben die Sozialdemokraten in der Vergangenheit nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie eine verständige Entwicklungshilfe für eine Notwendigkeit halten; mehr noch: sie haben der Bundesregierung mehr als einmal und mit guten Gründen vorgehalten, dass sie es an einer hinreichenden Aktivität auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe fehlen lasse. Gerade deshalb aber beansprucht die Opposition das Recht für sich, daran zu erinnern, dass sie ebenfalls seit Jahren einen bis heute im wesentlichen ergebnislosen Kampf zugunsten jener Gebiete in der Bundesrepublik kämpft, die "keineswegs zu vergessen" der Finanzminister in seiner Etatrede verheissen hat. Tatsächlich hat die Bundesregierung bis auf den heutigen Tag entscheidende Massnahmen nicht getroffen, die geeignet wären, die Zonenrandgebiete in angemessener Weise an der Entwicklung der Gesamtwirtschaft partizipieren zu lassen, und man wird schwerlich hoffen können, dass der Satz des Finanzministers eine Kursänderung der Bundesregierung ankündigt.

Immerhin wird man die Rede des Finanzministers gelegentlich zum Anlass nehmen, die Bereitschaft der Regierung, wirksam für jene Gebiete einzutreten, die im amtlichen Kern systematisch vergessen werden, noch einmal zu testen. Von belanglosen Anmerkungen im Zuge einer Etatrede jedenfalls haben diese Gebiete nichts, in denen - und wen wundert das - solange kein überwältigendes Verlangen nach einer Entwicklungshilfe für überseeische Länder besteht, solange sie selbst in hohem Maße entwicklungsbedürftig sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel